

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail
Datum

Norbert Korte
563 25 41
563 80 38
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
01.07.04

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 22.06.2004

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Karl-Friedrich Kühme

von der CDU-Fraktion

Herr Arno Gerlach, Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer (bis 17.41 Uhr), Frau Birgit Hetfleisch (ab 17.41 Uhr)

von der SPD-Fraktion

Herr Andreas Mucke (bis 16.48 Uhr), Frau Renate Warnecke (ab 17.12 Uhr), Frau Gudrun Winkels-Haupt, Frau Christa Stuhlreiter

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Paul Yves Ramette

von der FDP-Fraktion

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden

Herr Eckhard Arens (Caritas in Wuppertal), Herr Dr. Martin Hamburger (Diakonie Elberfeld), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Frau Anneliese Füssel, Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (alle Jugendring)

als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes

Frau Ute Feldbrügge (Dt. Parit. Wohlfahrtsverband), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche), Herr Hartmut Kumpf (Evang. Kirche), Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Herr Wolfgang Weinfurter (Polizei), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend u. Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt u. Soziale Dienste)

als Vertreter der Bezirksjugendräte

Andreas Helsper

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Friederike Krentz (Res. 201.0 - FB Kinder- u. Jugendhilfe), Frau Christine Schmidt Res. 201 – Jugendhilfeplanung), Frau Cornelia Weidenbruch (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Herr

Verst (SB 208 - Jugend & Freizeit), Herr Klaus-Peter Stein (Ausländerbeauftragter), Frau Ackermann (SB 206 - Schulen), Herr Kampmann (SB 206.24 - Medienzentrum)

Presse

Frau Roßkothen (WZ)

Schriefführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr Beratungspause: 16.48 - 17.12 Uhr Ende: 18:21 Uhr

Es besteht Einvernehmen, die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten

15.7 „Alles unter 1 Dach“ im Jugend- und Begegnungszentrum Alte Feuerwache Gathe

15.8 Projekt DIA-TRAIN für benachteiligte Jugendliche

wegen der umfangreichen Tagesordnung heute nur als eingebracht zu betrachten und erst in einer der ersten Sitzungen der neuen Legislaturperiode zu beraten.

I. Öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.04

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.04.04 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

2 Anliegen der Bezirksjugendräte

Der **Vorsitzende** erinnert an die Diskussion in der letzten Sitzung über die Wahl der Bezirksjugendräte (Drs.-Nr. VO/2810/04/1). Die Vorbehalte seiner Fraktion hätten zwischenzeitlich ausgeräumt werden können. Die Vorlage sei damit gemäß des Verwaltungsvorschlages beschlossen.

Keine Wortmeldung durch den anwesenden Bezirksjugendrat **Andreas Helsper**.

3 Vorstellung der Aktion Kindertal

Herr Dr. Hamburger stellt die von Radio Wuppertal in Kooperation mit der Diakonie und der Caritas in Wuppertal ins Leben gerufene Aktion Kindertal zur Unterstützung von Wuppertaler Kindern und Jugendlichen in finanziellen Notlagen vor. Den Ausschussmitgliedern liegt ein Faltblatt mit näheren Informationen vor. Erste Zahlungen sind bereits geleistet worden.

4 Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum

4.1 Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum der Stadt Wuppertal rückgängig machen - Antrag der SPD-Fraktion - Vorlage: VO/3082/04

4.2 Drs. VO/2502/04, Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum der Stadt Wuppertal - Antrag der Frakt. Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Vorlage: VO/3050/04

4.3 Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum der Stadt Wuppertal (bereits in der Sitzung am 29.03.04 vom Rat der Stadt beschlossen)
Vorlage: VO/2502/04

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Anhörungsrecht des Jugendhilfeausschusses nach Auffassung des Justitiariats bei der Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum verletzt worden ist.

Herr Mucke erinnert daran, dass seine Fraktion sich bereits bei den Haushaltsplanberatungen gegen eine Erweiterung des Kreises der Gebührenzahler ausgesprochen hat. Seine Fraktion sehe die Jugendarbeit in diesem Bereich gefährdet. Der sicherlich wichtige Medienentwicklungsplan für die Schulen dürfe nicht zu Lasten der Jugendarbeit umgesetzt werden.

Herr Schwarz kritisiert das Verfahren zur Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung. Die Erhebung von Gebühren bedeute faktisch eine gravierende Kürzung der städt. Mittel für die Jugendarbeit.

Herr Ramette unterstützt die Auffassung von Herrn Schwarz. Er spricht sich dafür aus, die Verwaltungsvorlage nicht generell abzulehnen, sondern die Verwaltung vielmehr zu beauftragen, die Höhe der Entgelte noch einmal zu überprüfen. Die Schulen benötigten letztlich auch Geld.

Herr Kumpf unterstreicht die Aussagen von Herrn Schwarz und Herrn Ramette.

Herr Gerlach hält es unbedingt für erforderlich, eine pragmatische Lösung zu finden. Falls der Ausschuss sich dem Antrag der SPD-Fraktion anschließe, werde der Rat der Stadt in der kommenden Sitzung seinen Beschluss vom 29.03.04 noch einmal bestätigen. Damit wäre dann für Monate eine Neuregelung zu Gunsten der freien Träger blockiert. Es sei vielmehr sinnvoller, sich zusammenzusetzen und gemeinsam eine einvernehmlichen Lösung des Problems anzustreben.

Herr Arens spricht sich dafür aus, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen.

Herr Mucke bekräftigt den Antrag seiner Fraktion. Er bezweifelt, ob der Rat entgegen der Meinung von Herrn Gerlach nicht doch zu einer anderen Auffassung kommt. Die Gebührenerhebung müsse jetzt zuerst einmal gestoppt werden. Der Verwaltung könne dann ein Prüfauftrag mit dem Ziel erteilt werden, eine andere Regelung für die Entgelterhebung vorzuschlagen.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Herr Schmalenbeck und Herr Dr. Kühn.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass der Ratsbeschluss wegen der fehlenden Anhörung des Jugendhilfeausschusses nicht unwirksam geworden ist.

Bevor der **Vorsitzende** über die beiden Anträge abstimmen lässt, unterbricht er die Sitzung auf Antrag von Herrn Schwarz für eine Beratungspause.
Sitzungsunterbrechung von 16.48 - 17.12 Uhr.

Herr Arens schlägt dem Ausschuss auf der Grundlage des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschlusstext vor:

Die Verwaltung wird gebeten, noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause abschließend zu prüfen, wie kleinen, freien und gemeinnützigen Trägern, Vereinen und Organisationen der Freien Jugendarbeit, der Sozial- und Gesund-

heitshilfe, aber auch des Sportes und der Kultur ein ermäßigter Beitrag oder sogar eine Befreiung von den Entgeltkosten des Medienzentrums gewährt werden kann.

Frau Warnecke lehnt für ihre Fraktion die von Herrn Arens vorgeschlagene Beschlussfassung ab.

Der **Vorsitzende** lässt zuerst über den nach seiner Auffassung weitergehenden Antrag von Herrn Arens abstimmen.

1. Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004 über den von Herrn Arens modifizierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drs.-Nr. VO/3050/04)

Die Verwaltung wird gebeten, noch vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause abschließend zu prüfen, wie kleinen, freien und gemeinnützigen Trägern, Vereinen und Organisationen der Freien Jugendarbeit, der Sozial- und Gesundheitshilfe, aber auch des Sportes und der Kultur ein ermäßigter Beitrag oder sogar eine Befreiung von den Entgeltkosten des Medienzentrums gewährt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei einigen Enthaltungen

2. Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004 zum Antrag der SPD-Fraktion (Drs.-Nr. VO/3082/04)

Der Jugendhilfeausschuss und der Schulausschuss fordern den Rat der Stadt auf, die beschlossene Gebührenerhöhung für das Medienzentrum zurückzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege und des Jugendrings abgelehnt.

3. Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004 zur Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung für das Medienzentrum der Stadt Wuppertal (Drs.-Nr. VO/2502/04)

Die vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 29.03.04 beschlossene Änderung der Verleih- und Nutzungsordnung wird zur Kenntnis genommen.

Keine Abstimmung!

5 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW zur Verabschiedung eines Kinder- und Jugendfördergesetzes in Nordrhein-Westfalen Vorlage: VO 3105/04

5.1 Bürgeranträge nach § 24 GO NW zur Verabschiedung eines Kinder- und Jugendfördergesetzes in NRW - Antrag der CDU-Fraktion - Vorlage: VO/3204/04

Frau Richling zitiert aus der kritischen Stellungnahme der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Türen zum Entwurf eines Kinder- und Jugendfördergesetzes. Frau Richling sieht insbesondere den vorgesehenen Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes als problematisch an. Damit bliebe es für 2005 bei der gegenüber 2004 noch weitergehenden Kürzung der Landesmittel für die Jugendarbeit.

Herr Gerlach bedauert, dass der Gesetzentwurf einen jährlichen Förderungsbeitrag von 96 Mio. € ohne Berücksichtigung von allgemeinen Kostensteigerungen bis 2010 festschreibt und keine Finanzierungsaussagen enthält.

Frau Warnecke und **Herr Ramette** sprechen sich für die Unterstützung der Bürgeranträge aus. Sie bitten um Verständnis, dass sie sich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit noch nicht näher mit dem erst vor der Sitzung ausgelegten Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema befassen konnten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Antrag seiner Fraktion lediglich das Ziel verfolgt, den Bürgerantrag näher zu präzisieren.

Herr Dr. Kühn schlägt vor, dass die Fraktionen in einem Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Jugendring eine gemeinsame Beschlussempfehlung für die Hauptausschuss-Sitzung am 14.07.04 vorbereiten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

1. Die mit den gleichlautenden Bürgeranträgen verfolgte Verabschiedung eines Kinder- und Jugendförderungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen wird grundsätzlich unterstützt.
2. Von den im Jugendhilfeausschuss vertretenen Fraktionen, der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Jugendring wird eine gemeinsame Beschlussempfehlung bis zur Hauptausschuss-Sitzung am 14.07.04 vorbereitet.

Einstimmigkeit

6 **Von der Offenen Ganztagsgrundschule zur Ganztagschule**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.05.2004
- Resolutionsentwurf - **Vorlage: VO/2992/04**

Herr Ramette erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Frau Warnecke und **Herr Schmalenbeck** sprechen sich gegen die Verabschiedung einer Resolution aus.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Dem Rat der Stadt Wuppertal schließt sich der vom Landesjugendhilfeausschuss am 22.04.04 verabschiedeten Resolution „Von der Offenen Ganztagschule im Primarbereich zur Ganztagschule“ an.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-, 11-Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

7 **Einrichtung von Betreuungsangeboten für Kinder unter 2 Jahre**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 29.04.2004 -
Vorlage: VO/2936/04

Frau Weidenbruch bestätigt, dass der Antrag der FDP-Fraktion die Probleme für

die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (nicht 2 Jahren) richtig beschreibt. Das Land stelle aber jedes Jahr für ganz Nordrhein-Westfalen nur für 20 neue altersgemischte Kleinkindgruppen (Kinder im Alter von 4 Monaten bis zum Beginn der Schulpflicht) die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung. Aber alleine in Wuppertal fehlten 700 Gruppen. Im Rahmen der Fortschreibung des Kindergartenbedarfsplanes werde die Verwaltung eine Beschlussempfehlung vorlegen, die den Zielen des FDP-Antrages entspricht. Für Entwicklung eines Handlungskonzeptes zum Ausbau der Betreuung der unter 3-jährigen Kinder benötige man aber die Unterstützung der freien Träger.

Herr Ramette hat Kenntnis von einem Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für ein Gesetz, nach dem Bundesmittel für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter 3 Jahren zur Verfügung gestellt werden sollen.

Herr Arens sieht den Antrag der FDP-Fraktion mehr als Appell. Die Kommunen und die freien Träger seien mit der Schaffung der notwendigen Plätze für Kinder unter 3 Jahren völlig überfordert.

Herr Dr. Kühn weist auf „Pferdefüße“ in dem Referentenentwurf hin. Der Bund wolle ab 2005 mit jährlich zusätzlichen 1,5 Milliarden Euro die Kommunen verpflichten, eine ausreichende Zahl von Plätzen für Kleinkinder zu schaffen. Die 1,5 Milliarden Euro sollten Teil der Entlastung von angeblich 2,5 Milliarden Euro aus den Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) sein. Tatsächlich kämen aber nach dem gegenwärtigen Stand des Gesetzgebungsverfahrens durch Hartz IV Mehrbelastungen auf die Kommunen zu.

Frau Warnecke sieht eine gewisse Verpflichtung für die Stadt, ein entsprechendes Handlungskonzept zu entwickeln.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen und den Antrag in die Beratungen über den Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder mit einzubeziehen.

Der Antrag gilt damit gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt als erledigt.

Einstimmigkeit

8

Familie in Wuppertal – Familienclub **Vorlage: VO/3015/04**

Der **Vorsitzende** sieht die in der Verwaltungsvorlage aufgezeigten Handlungsansätze als praktikabel an.

Herrn Ramette gehen die Vorschläge nicht weit genug. Freizeitangebote alleine führten nicht wirklich weiter. Man müsse zum Beispiel auch an den Ausbau der Betreuung für Kinder unter 6 Jahren und im Grundschulalter denken.

Herr Dr. Kühn weist darauf hin, dass es jetzt zuerst einmal darum geht, drei kleine Bausteine auf den Weg zu bringen. Im Übrigen sei der vom Ausschuss angeforderte Bericht für ein kinderfreundliches Wuppertal zwar fertiggestellt, müsse aber noch mit anderen betroffenen Leistungseinheiten abgestimmt werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Projektes „Familie in Wuppertal“ folgende Einzelprojekte durchzuführen:

1. Regelmäßige Veröffentlichung von Themen bezogenen Informationen, die Familien in Wuppertal über Vergünstigungen, Veranstaltungen und Einrichtungen in Kenntnis setzen.
2. Aufbau eines Internet- Angebots für Familien unter www.wuppertal.de.
3. Aufbau des „Familienclubs Wuppertal“ als Anbieter mit folgenden Inhalten:
 - Koordination von regulären und besonderen Veranstaltungen mit Beiträgen der städtischen Betriebe und in Zusammenarbeit mit externen Partnern
 - Regelmäßige Informationen über besondere Angebote des „Familienclubs“ für Wuppertaler Familien
 - Informationen über Bonusleistungen für Wuppertaler Familien

Einstimmigkeit

9 Kinder-, jugend- und familienfreundliche Stadt
Berichterstatter: Herr Dr. Kühn/Herr Verst

Siehe unter TOP 8!

10 Wuppertaler Bündnis für Familien
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.04.2004 - Vorlage: VO/2861/04

Herr Ramette schlägt vor, einen Vertreter der Stadt Dortmund - in der es bereits ein „Lokales Bündnis für Familien“ gibt - zu einem Gedankenaustausch für die erste Sitzung in der neuen Legislaturperiode einzuladen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

1. Die Stadt Wuppertal beteiligt sich an der bundesweiten Initiative "Lokale Bündnisse für Familien" des BMFSFJ und initiiert ein "Wuppertaler Bündnis für Familien".
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ab Oktober 2004 zu entwickeln. Dabei ist der Beratungsangebot aus dem BMFSFJ und dem Servicebüro der Initiative zu nutzen.
3. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kampagne ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bereits existierende Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung, sind aufzunehmen und fortzuentwickeln.
4. Für das Bündnis sollen Betreuungseinrichtungen, Schulen, Elterninitiativen, Verbände, Kirchen, Unternehmen, Gewerkschaften und weitere gesellschaftliche Akteure gewonnen werden.

Einstimmigkeit

11 Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder
Vorlage: VO/2993/04

Frau Weidenbruch beantwortet eine Frage von **Herrn Arens**. Etwa 10 - 15 %

der Anmeldungen müssten wegen Nichterfüllung der Vergabekriterien abgelehnt werden. Voraussetzung für die Vergabe eines Tagesstättenplatzes sei insbesondere die Erwerbstätigkeit beider Elternteile.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Der Umwandlung von 11 Gruppen in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder am 01.08.2004 wird gemäß der Anlage – vorbehaltlich der Genehmigung des Landesjugendamtes – zugestimmt.

Einstimmigkeit

12	Managementprogramm der Stadt Wuppertal	
12.1	Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal (auszugsweise noch einmal zur Information beigefügt) Vorlage: VO/2594/04	
12.2	Änderungsantrag Managementprogramm 2004/2005 der Stadt Wuppertal - Antrag der CDU-Fraktion vom 27.04.2004 - Vorlage: VO/2909/04	
	Frau Warnecke und Herr Ramette sprechen sich dafür aus, den Verwaltungsvorschlag beizubehalten.	
	<u>Abstimmungsergebnis:</u> Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich gegen eine Änderung der Verwaltungsvorlage aus.	
12.3	Managementprogramm "Innenstadtentwicklung" - Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 24.02.2004 – Vorlage: VO/2639/04	
	Es besteht Einvernehmen, über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wegen des fehlenden Bezugs zu den Aufgaben des Jugendhilfeausschusses nicht zu beraten.	
13	Umsetzung Hartz IV	Vorlage: VO/3069/04
	Herr Dr. Kühn beantwortet eine Frage von Herrn Arens zum Personaleinsatz.	
	<u>Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:</u>	
	1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.	
	2. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Erfüllung der Aufgaben nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB II) gemeinsam mit der örtlichen Agentur für Arbeit eine Arbeitsgemeinschaft gem. § 44 b SGB II zu bilden und einen Kooperationsvertrag mit der örtlichen Agentur für Arbeit unter Beachtung der örtlichen Belange auszuhandeln. Hierbei sind folgende Eckpunkte zu Grunde zu legen:	
	▪ Die Kernkompetenzen beider Behörden werden in der Arbeitsgemeinschaft genutzt, indem qualifiziertes Personal und besondere Dienstleis-	

tungen mit eingebracht werden. Der Ausgleich der Personalkosten für die Stellenanteile, die sich auf die Erledigung von Aufgaben aus der Zuständigkeit der jeweils anderen Behörde beziehen, wird entsprechend den zur Verfügung stehenden Pauschalen des Bundes für Personalkosten erfolgen.

- Der Arbeitsgemeinschaft wird bei Gründung kein eigenes Personal erhalten; für die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft eingesetzten Mitarbeiter/innen erfolgt kein Wechsel der Anstellungsbehörde bzw. des Dienstherrn.
 - Die Aufgaben nach dem SGB II sollen ganzheitlich erbracht werden, so dass die Hilfestellung „aus einer Hand“ erfolgt.
 - Angebote und Maßnahmen zur Sicherung der sozialen Infrastruktur werden nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Eingliederungshilfen weitergeführt. Die entsprechenden Hilfen gem. § 16 Abs. 3 SGB II (Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, Vermittlung auf den 2. Arbeitsmarkt) sollten auf Grundlage der gemeinsamen Zielsetzungen sichergestellt werden.
 - Die Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege wird zur Einbindung und Nutzung der bestehenden Kompetenzen fortgesetzt.
3. Der Rat der Stadt bekräftigt die Forderung nach finanzieller Entlastung als Voraussetzung für den Abschluss der Maßnahmen unter Ziffer 2 und verweist auf die Zusagen aus dem Gesetzgebungsverfahren, nach der die Kommunen mit 2,5 Milliarden Euro im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entlastet werden.

Einstimmigkeit

14 Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffinnen und -schöffen für die Amtszeit 2005 – 2008
Vorlage: VO/3098/04

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die offizielle Bewerbungsfrist erst am 30.06.04 abläuft. Es besteht Einvernehmen, die Entscheidung über die Aufnahme weiterer Bewerberinnen und Bewerber in die Vorschlagslisten dem Hauptausschuss zu überlassen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Die als Anlage beigefügte Liste mit den Bewerberinnen und Bewerbern für die Wahl der Jugendschöffinnen und -schöffen wird einschl. Nachtrag wie vorgeschlagen aufgestellt. Die Entscheidung über die Aufnahme weiterer Bewerberinnen und Bewerber in die Vorschlagsliste wird dem Hauptausschuss überlassen.

Einstimmigkeit

15 Berichte

15.1 Verlagerung der Jugendverkehrsschulen Ost und West zur Skaterhalle Wicked Woods - mündlicher Bericht -

Vor der Sitzung wurde ein Sachstandsbericht des Stadtbetriebs Schulen ausgelegt.

15.1.1 Sachstandsbericht zur Verlagerung der Jugendverkehrsschulen Ost u. West zur Skaterhalle Wicked Woods
Vorlage: VO/3234/04

Frau Panetta-Jung berichtet über positive Rückmeldungen zu einer Kooperation zwischen Verkehrserziehung und einem Freizeitangebot für Jugendliche an einem Standort.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

15.2 Öffnung von Schulhöfen **Vorlage: VO/3076/04**

Herr Verst antwortet auf Fragen des Bezirksjugendrates **Andreas Helsper**. Die Gespräche mit den einzelnen Schulen gestalteten sich recht schwierig. Bedenken würden wegen einer möglichen Verschmutzung, Beschädigung der bereits vorhandenen Spielgeräte und des Fernhaltens ungebetener Besucher außerhalb der Öffnungszeiten geäußert. Soweit bereits Schulhöfe für die Freizeitgestaltung genutzt werden könnten, gebe es keine besonderen Schwierigkeiten. Man wolle versuchen, durch diese positiven Erfahrungen weitere Schulen zu überzeugen. Im Falle einer Beschädigung der von den Eltern der Schülerinnen und Schüler finanzierten Spielgeräte würden die Reparaturkosten aus den für die Unterhaltung und Instandsetzung der Kinderspielplätze zur Verfügung stehenden Mittel bestritten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

15.3 Zigarettenautomat in der Nähe des Carl-Duisberg-Gymnasiums
- Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal an den Ausschuss Soziales und Gesundheit -
Vorlage: VO/2759/04/1-A

Zu Punkt 3 der Vorlage muss es bei der Entfernungsangabe 200 statt 50 m heißen.

Herr Dr. Kühn weist mit Bezug auf die Forderung von Herrn Schmalenbeck in der letzten Sitzung darauf hin, dass die beiden Zigarettenautomaten am Haus der Jugend in Barmen abgebaut werden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

15.4 Zwischenbericht Regionaleprojekt 2006 Haus der Jugend Barmen

Herr Dr. Kühn berichtet über den augenblicklichen Sachstand. Der Verwaltung wolle jetzt mit der Bezirksregierung über die Freigabe von Mitteln in Höhe von 400.000 € für die Vorentwurfsplanung verhandeln. Die Vorentwurfsplanung sei

Voraussetzung für die Erteilung eines Bewilligungsbescheides im kommenden Jahr.

**15.5 Ausstattung von Spielplätzen - Anfrage der FDP-Fraktion -
Vorlage: VO/3108/04**

**15.5.1 Antwort der Verwaltung zur Ausstattung von Spielplätzen
Vorlage: VO/3160/04**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

15.6 Unterbringung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Hilfe zur Erziehung (regional/überregional)

Herr Lenz berichtet, dass in den letzten 4 Jahren im Durchschnitt jährlich 200 - 250 Kinder und Jugendliche in Heimen untergebracht werden mussten, davon einschl. der Berg. Diakonie Aprath 60 - 70 % in Wuppertal. Im Hinblick auf die veränderte Unterbringungspolitik anderer Jugendämter werde dieser Prozentsatz ab 1. Juni nach und nach auf 75 % angehoben.

**15.7 "Alles unter 1 Dach" im Jugend- u. Begegnungszentrum Alte Feuerwache Gathe des Nachbarschaftsheimes
Vorlage: VO/3123/04**

Im Hinblick auf den Umfang der Tagesordnung besteht Einvernehmen, die Beratung der Vorlage auf eine der ersten Sitzungen in der neuen Legislaturperiode zu verschieben.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

**15.8 Projekt DIA-TRAIN für benachteiligte Jugendliche
Vorlage: VO/3070/04**

Im Hinblick auf die umfangreiche Tagesordnung besteht Einvernehmen, die Beratung der Vorlage auf eine der ersten Sitzungen in der neuen Legislaturperiode zu verschieben.

Herr Dr. Hamburger weist darauf hin, dass auch die freien Träger entsprechende Trainingsmaßnahmen für Jugendliche anbieten.

**15.9 Reduzierung des Betreuungsangebotes in einer Einrichtung des Verbandes Evangelischer Kindertagesstätten im Kirchenkreis Barmen (VeKiB)
Vorlage: VO/3071/04**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

15.10 Info-Stelle für Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen
Vorlage: VO/3075/04

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.06.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss.

16 Wünsche und Anregungen

Frau Richling bringt ihre Bedenken gegen einen Vorschlag der Föderalismuskommission zum Ausdruck, die Gesetzgebungskompetenz für das Kinder- und Jugendhilferecht den Ländern zu übertragen.

Nach Auffassung von **Herrn Lenz** hat sich das Kinder- und Jugendhilfegesetz in seiner bisherigen Form bewährt. Auch er sieht keinen Handlungsbedarf hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz.

Herr Verst lädt die Ausschussmitglieder zu drei Veranstaltungen ein, die in den nächsten Wochen stattfinden.

Kühme
Vorsitzender

Korte
Schriftführer